

Sächsische Zeitung

1912. Nr. 491.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wagnispreis für alle und Bezugspreis 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich ausser am 1. und 15. des Monats. — Preis für den Abnehmer: 100 Hefen (100 Hefen) 20 Mk., auswärts 20 Mk. — Preis für den Abnehmer: 100 Hefen (100 Hefen) 20 Mk., auswärts 20 Mk. — Preis für den Abnehmer: 100 Hefen (100 Hefen) 20 Mk., auswärts 20 Mk.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die (schwarzgedruckte) Einzelhefte oder deren Raum für alle u. den Sächsischen 20 Hefen, auswärts 20 Hefen. — Preis für den Abnehmer: 100 Hefen (100 Hefen) 20 Mk., auswärts 20 Mk. — Preis für den Abnehmer: 100 Hefen (100 Hefen) 20 Mk., auswärts 20 Mk.

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 172.
Verleger: Dr. Walter Bebenroth in Halle a. S.

Freitag, 18. Oktober 1912.

Verlagsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Scharfstr. Nr. 6230.
Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Politische Wochenschau.

Ende der verflochtenen Woche ist das Kaiserpaar wieder aus Romantik in die Wartburg zurückgekehrt und wohnt jetzt in dem nachfolgenden Winterhof am Werbellinsee. Gleich in den ersten Tagen nach seiner Ankunft hat der Kaiser dort den Reichskanzler empfangen, der ihm zweifelslos einen umfassenden Bericht über die innere und äußere Politik erstattet hat. Auch die Ernennung des neuen deutschen Botschafters in London ist jetzt erfolgt; die Wahl des Kaisers ist auf den Fürsten von Salm-Reifferscheidt-Ronsdorff räumt der Tod unter den älteren Staatsmännern Deutschlands weiter auf. In diesem Wochenabschnitt hat er, wie schon mitgeteilt, den früheren langjährigen Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Richter, abberufen, mit dessen Namen wichtige Neuerschöpfungen in dem weiten Gebiete des deutschen Rechts ehrenvoll verknüpft sind.

Wie das preussische Abgeordnetenhaus, so wird sich auch der Reichstag bei seinem Wiederzusammentreten vor der Notwendigkeit einer Neuwahl des Präsidenten gestellt sehen. Denn der historische Reichsverband, der freizügige Abgeordnete Kommissar, hat jetzt die Folgen aus den Freiwahlen, welche die Wahlprüfungs-Kommission über seine Wahl gemacht hat, gezogen und sein Mandat niedergelegt. Die Unzulänglichkeit der Wahl laut auf der Frage. Der erste Berliner Wahlkreis hat jetzt eine Neuwahl vorzunehmen, und es dürfte ein schweres Ringen zwischen Freisinn und Sozialdemokratie um dieses einzige Mandat geben, das dem Freisinn noch in seiner ehemaligen Hochburg Berlin geblieben ist. Ob Herr Kaempff, der wieder für den Freisinn kandidiert, liegt oder unterliegt, der Reichstag muß in jedem Falle eine Neuwahl des Präsidenten vornehmen, und das muß sich zeigen, ob die Linke an einer Zusammenkunft des Präsidiums teilnimmt, die die ganze Rechte des Reichstags, einschließlich des Zentrums, von der Beteiligung an der Zeitung der Geschäfte des Hauses ausschließt. In diesen Geschäften wird, wie jetzt bekannt wird, auch die Teilnahme eines Reichstagsabgeordneten, des Deutschen Reichstags, von dem großen amerikanischen Vorkontingent unabhängig machen soll. Selbstverständlich aber wird im Reichstagsrat zuerst und vor allem das Reichstagsabgeordnete. Desir sorgfältig die Sozialdemokratie, die ihre Reichstags-Debatte noch immer fortsetzt. Sie beruht jetzt im ganzen Reich auf den Massenbewegungen an, für die man übrigens die angelegte Notwendigkeit eines Protokolls gegen eine Einmischung Deutschlands in die Balkanverhältnisse als Vorwand benutzt. Die Stundungen sollen für Groß-Berlin am kommenden Sonntag mit einer Massenversammlung unter freiem Himmel im Treptower Park beginnen. Natürlich wird auch das preussische Wahlrecht dabei eine Rolle. Die Berliner Stadtverwaltung ist in diesem auf politische Absichten gegen die Reichstagsabgeordnete, indem sie 600.000 Mark für die Einreise in den Reichstags- und Reichstagsabgeordnete aus Ausland nach Berlin bereit stellen will. In der Reichstagsabgeordnete dürfte demnach auch das Entgelt für die Reichstagsabgeordnete in den Reichstagsabgeordnete wieder Anlass zu Debatten geben, da die erste Anwendung dieses schon vor vier Jahren in Berlin geschaffenen Gesetzes jetzt angehängt wird. In Würtemberg ist der Wahlkampf aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen bereits im Gange. Nationalliberale und Demokraten haben sich zusammengezogen, sind mit geringem Verdruss der Sozialdemokraten, die immer noch auf ein Wahlkompromiß mit den Demokraten gerechnet hatten.

Die äußere Politik stand auch in der verflochtenen Woche immer noch im Zeichen der Balkanfrage. Einmalig muß man schon sagen der Balkanfrage, denn außer an der montenegrinisch-italienischen Grenze wird jetzt auch schon an der serbisch-italienischen und bulgarisch-italienischen Grenze gekämpft, und wenn es sich zum Glück auch nur um Kleinkämpfe handelt, so kann man dieselben doch nicht als Einleitung zum wirklichen Krieg ansehen. Daß der allgemeine Balkankrieg noch vermieden werden könne, glaubt niemand mehr. Auch der Notwendigkeit, der noch in diesen Tagen fortgesetzt zwischen den Mächten und den Balkanstaaten, zwischen der Türkei und den Mächten und zwischen den Balkanstaaten und der Türkei stattfindet, hat dem Frieden nicht im mindesten genügt; das allgemeine Warten kann jede Stunde anheben. Die Sorge der Mächte ist jetzt nur noch darauf gerichtet, den Balkanbrand zu „lokalisieren“, und nach einer Ausräumung, die der Staatssekretär v. Hildebrand-Walden am Dienstag auf einem von den Vertretern der Berliner Kaufmannschaft den Mitgliedern der internationalen Ausstellungs-Konferenz, gegebener Bankett hat, darf man hoffen, daß dies auch gelinge. Der neuerdings von Frankreich angeregte Gedanke einer Balkankonferenz hat nur noch platonischen Wert. Montenegro hat im Krieg gegen die Türkei bisher einige Erfolge erzielt; seine Kräfte haben noch Erfrischung von ein paar alten türkischen Befestigungen die Stadt Lusi eingenommen und befinden sich auf dem Marsch nach Skutari. In großen Uebertreibungen der montenegrinischen Propaganda fehlt es natürlich nicht. Griechenland bemerkt sich die Lage durch die Ansetzung der Retas noch zu komplizieren. Österreich-Ungarn hat General von Fusz, um seine Interessen im Sanjak Kabağaz zu wahren, während in Anlaß der Balkanfrage eifrig an der Arbeit

find, um die Friedenspolitik Stolowitsch durch den Sturz dieses Ministers zu durchkreuzen. Zu allem hin blieb es dieser Lage noch, der Friedenspolitik zwischen Italien und der Türkei sei ernstlich gefährdet. Am Dienstagabend aber sind endlich in Dindia die Präliminarien unterzeichnet worden, und die Verkündung des Friedens steht bevor. An der nordafrikanischen Küste verurteilte die verstärkte Balkankriegs eine Panik, bei der Millionen verloren wurden.

Aus der ionischen Halbinsel ist nur der Kampf um die irische Generalwahl Bill im englischen Parlament hervorzuheben, der sich für die Regierung günstig entwickelt, und der Wilsontsch, mit dem am Montagabend ein französischer in Wilmaufsee den amerikanischen Erpräsidenten und jetzigen Präsidentschaftskandidaten Roosevelt vermundete. Er dürfte eine unbezweifelbare Affäre für „Teddy“ und seine Kandidatur sein.

Italien am Ziele.

Wie ein Volk mächtig werden kann, auch wenn seine Arme bisher eigentlich nur durch Niederlagen gegangen ist, das haben uns jetzt die Italiener gezeigt: durch den Willen zur Macht! Weder in den europäischen Kriegen von 1859 und 1866, noch im abseitigen Feldzuge leitete die italienische Wehrmacht war. Die Wunden der Schmach, Wunden, auf welcher Seite auch immer, brannten. Nur so Italiener gegen Italiener, 1870 bei der Einnahme Roms, sah man Italiener siegreich, sonst nie. Aber der unbillbare Drang nach Vorwärts hatte schließlich die ganze Nation gepackt. Dieses demokratische Volk, die zu Teil ausgesparten Massen, die alljährlich zu Jahrtausenden um des lieben Brotes willen auseinander, lassen sich von der „Internationale“ nicht so weit beneheln, daß sie des Vaterlandes vergäßen. Sozialdemokraten gingen als begeisterte Kriegskorrespondenten nach Tripolis, Feinde der Monarchie sangen das hohe Lied von Kriegsgewinn.

Die Schwierigkeiten waren größer als man sich vorgestellt hatte. Noch heute, wo der Friedensschluß von Dindia den Italienern ein Land, größer wie das deutsche Reich, in den Schoß wirft, haben sie von diesem Lande nicht mehr begehrt, als verlässliche die Seefelder, um Feringasdorf herum, sowie die irische und irische Regierung. Wenige Kilometer landeinwärts erstreckt sich ihre Herrschaft. Aber vor dem feinen Willen, sich hier festzusetzen, und vor der Fähigkeit der Durchführung erlachte schließlich trotz heldenhaften Widerstandes auch die Türkei. Man täte den Italienern Unrecht, wenn man sagen wollte, nur der glückliche Unfall, daß der Balkankrieg ausbrach, habe sie an das Ziel gebracht. Nein, die Türken hielten schon lange nach einer Gelegenheit, sich mit Anstand aus der Affäre zu ziehen, und der Krieg ist ein billiger Vorwand. In der hohen Priorität scheute man bisher den Frieden nur aus Angst vor der öffentlichen Meinung im eigenen Lande. Jemand ein früherer Zwang, die Verteidigung Tripolitaniens aufzugeben, liegt auch heute noch nicht vor, denn die Darstellungen sind uneinnehmbar. Saloniki und die albanische Küste durch Italiens Jagdgeschwader an Österreich, hier nicht unternehmen zu lassen, geschickt, und drüben in Afrika wurde alles ohne große Kosten improvisiert. So hätte es nach jahrelanger Arbeit kommen können.

Wie hart die Türkei im Widerstande war, geht so aus aus den Friedensbedingungen hervor. Gleich hier Balkanmächte gegen den Großherrscher mobilisiert sind, hat Italien aus dieser Mangelslage nicht einmal eine formelle Abtretung Tripolitaniens und der Gherania herauspressen können. Der Sultan gibt die beiden Wilajets einfach frei, erklärt sie für selbständig. Wenn sie wollen, können sie trotz des Mutes, sich den Italienern zu ergeben, noch weiter kämpfen. Es wird auch sicherlich „Umbedingte“ geben, die das tun, aber die Geschlossenheit ist jedenfalls dahin, der jener Stamm bröckelt ab, einzelne türkische Offiziere reifen dem Befehl zufolge heim und löst der Widerstand sich allmählich auf. Unter allen Umständen erreicht Italien sein Ziel und bekommt nicht nur seinen Zorn ein neues gegenseitiges Kolonialrecht, das im Altertum eine Fruchtstammer war und es heute wieder werden kann.

Für uns ist das Gerüchtchen an der Sache, daß in die französisch-italienische Konfliktverhältnisse des Mittelmeeres ein italienischer Krieg getrieben wird. Schon 1878 war Bismarck entschlossen, den Italienern Tunis zu verschaffen, das dann 1881 die Franzosen einleiteten; der französische Kriegszug von Bizerta an der nordafrikanischen Küste, nur einen Sprung von Sizilien entfernt, ist für Italien eine fällige Bedrohung. Tunesien aber hatten die Italiener noch mehr Angst als Vaterlandsliebe und meinten, Bismarck wollte sie in einen Krieg mit Frankreich hineinziehen. Später haben sie ihren Irrtum ein, isolieren sich dem Dreieck an, und ohne diese Milderbedingung wäre ihnen nie gelungen, was sie jetzt angestrebt haben. Man kann sich nebellos ihres Erfolges freuen. Vor allem aber kann man der italienischen Regierung zu dem italienischen Volke gratulieren, das auch dann noch still hielt, als der Krieg zu einer jahrelangen zehrenden Krankheit zu werden drohte. Die Weigerung, von dem Willen zur Macht getrieben, ging nicht aus. Wir

denjenigen jugendlich-fernen Glauben an die eigene Zukunft, mit dem Japan Kutschland über den Ozean warf und Bulgarien jetzt die Türkei anpackt, wurde das Unternehmen durchgeführt — und alles Gemütsche ist erreicht.

Der nationalliberale Parteitag in Naumburg a. S.

Parteitage sind zunächst eine innere Angelegenheit der Parteien. Sie dienen der Sammlung und Orientierung der eigenen Anhänger, sie wollen Klarheit und Sicherheit schaffen über den von der Partei einzuschlagenden Weg.

In dieser Hinsicht sind es also gewissenhaften Verhandlungen „intra muros“, und man könnte von diesen Standpunkten als rechtstehender Politiker an den liberalen Parteitag mit der Auffassung vorbeigehen, daß es jeder Partei überlassen bleiben mag, wie sie sich innerlich konsolidiert und welche Grundzüge sie als für sich leitend und verbindlich anerkennt.

Aber freilich, von der inneren Entwicklung der Parteien hängt auch die Entwicklung ihrer äußeren Zustände ab. Ihre Lehren erlauben die Anticipation einer kommenden Politik, sie enthalten für andere Parteien die Bestätigung des Fortschritts oder den Aufbruch des Fortschritts. Dazu hat man neuerdings immer mehr den Parteitag den Charakter einer Versammlung und kämpfenden Aktion gegeben, und die liberalen Parteitag der Parteigenossen haben immer mehr die Bedeutung politischer Versammlungen gegen die konservativen Gruppen in Deutschland gewonnen. Hieraus erbringt auch für uns das Meist und die Widrig, uns mit ihnen zu beschäftigen.

Der Parteitag, welchen die nationalliberale Partei der Provinz Sachsen am 13. Oktober in Naumburg a. S. gehalten hat, machte vor dieser heutigen Gepflogenheit der liberalen Gruppen keine Ausnahme. Auch er führte, wenn auch mehr verhält, seine Ziele gegen die Konservativen. Der Grundgedanke, welcher die Herzen der beiden Hauptgruppen in der am Nachmittag abgehaltenen öffentlichen Versammlung leitete, war die Mittelstände in Stadt und Land von den Konservativen loszulösen und sie wieder für die nationalliberale Partei zu gewinnen, die als die alleinige wahre Freundin der Bauern, Handwerker und mittleren Geschäftsleute hingestellt wurde. Besonders der zweite Redner der Tagung, der Landtagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Bölsch aus Halberstadt, erging sich in langen Ausführungen über die schweren Schädigungen, die der landwirtschaftliche Großbetrieb dem kleineren bäuerlichen Betriebe zuzuführt, der nach des Redners Meinung immer mehr in die Gefahr gerate, von dem Großbetriebe verdrängt zu werden.

Wir können hier nur fragen: Hat Herr Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Bölsch hervor er diese Behauptungen ausspricht, wohl einen Blick in die Statistik getan? Hätte er es der Mühe wert gefunden, bevor er unrichtige Angaben über die landwirtschaftlichen Verhältnisse machte, das amtliche statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches einzusehen, so würde er auf Seite 32 entdeckt haben, daß wir in Deutschland im Jahre 1895 nur 2.260.990 landwirtschaftliche Betriebe auf ausschließlich eigenem Lande hatten, im Jahre 1907 dagegen bereits 2.459.199! Das heißt: die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe auf ausschließlich eigenem Grund und Boden hat sich in Deutschland in zwölf Jahren um 200.000 vermehrt! Es versteht sich von selbst, daß diese Vermehrung dem Kleinen Betriebe zu Gute kommt.

Hätte Herr Landtagsabgeordneter Landgerichtsdirektor Bölsch auch noch in der amtlichen Statistik eine Seite weiter gesehen, so hätte er gefunden, daß wir in Deutschland hatten:

| Größbetriebe von | im Jahre | im Jahre |
|-------------------------|----------|----------|
| 500 bis 1000 Hektar | 1895 | 1907 |
| | 2296 | 1971 |
| 1000 Hektar und darüber | 360 | 219 |

Das heißt: der landwirtschaftliche Großbetrieb zeigt in den letzten zwölf Jahren eine entschiedene Tendenz zum Rückgang. Während im Jahre 1895 noch 1.960.000 Hektar im Großbetriebe (über 1000 Hektar) bewirtschaftet wurden, ist diese Zahl im Jahre 1907 nur 690.000 Hektar zurückgegangen.

Es ist hier zu bedenken, daß nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen nationalliberalen Ländern in den letzten Jahren eine solche Tendenz zum Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe auf ausschließlich eigenem Grund und Boden zu beobachten ist. Die Einzelheit unter den Vertretern der bürgerlichen Landwirtschaft zu vertreten. Der Herr Herr Bölsch sollte sich eben bemerkt, macht, von dem man sich nicht verwundert, daß er das statistische Material beherrscht.

Zeit bevor man es gewohnt, wenn Herr Bölsch hat den deutschen Bauern den nationalliberalen Schwanz gegen den Großgrundbesitzer anzuhängen, den diese gar nicht verlangen, lieber seine kümmerliche Hand über den Rücken der Mittelstände zu schütten, sollte er sich gegenüber den mittelständischen Einwirkungen der großen Warenhäuser. Hier liegt wirklich ein mittelständischer Großbetrieb vor. Aber da wird die nationalliberalen Herren nicht zu sprechen.

Ueberhaupt trotz auch am 13. Oktober recht deutlich zutage, daß die liberale Hilfe fast immer nur da den Mittelständen offeriert wird, wo man zugleich damit den Konserwativen glaubt jähden zu können. Darum hörte man auf dem Parteitage die bekannte Klage, daß der kleinere landwirtschaftliche Betrieb bei der Kreisverwaltung nicht zu seinem Rechte komme. Darum flaut man den Großbüßern auf dem Lande an, aber nicht das Großkapital in den Städten, das in seinen Bindungen, Warenhäusern, Namischlagaren, Schuldenverhältnissen durchaus zerrüttet auf die Mittelstände wirkt.

Auch gegen die Konserwativen richtete sich die Forderung des Herrn Böhm, daß den Mittelständen bei der Wahl zum preussischen Landtage ein stärkeres Wahlrecht eingeräumt werden müsse, da diese heute zum großen Teil in der dritten Klasse wählen müßten bei der heutigen Verteilung des Stimmrechts. So käme es, daß deren Interessen nicht genügend vertreten wären. Nun kommen aber die Interessen des Mittelstandes, die doch natürlich überwiegend wirtschaftliche sind, überhaupt weit mehr in Frage im deutschen Reichstage als im preussischen Abgeordnetenhaus. Denn die wirtschaftlichen Fragen sind bekanntlich überwiegend Reichsangelegenheiten, die Reichsangelegenheiten, die Gewerbeordnung, die Arbeitsverhältnisse, die Steuerordnung, die Gewerbesteuer, die Erbschaftsteuer, die Handelsgerichtsbarkeit, die Reichsgerichtsbarkeit, das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Wenn also Herr Böhm den Mittelständen eine bessere Vertretung geben will, wenn er sogar dabei die für einen Liberalen festerliche Forderung ausspricht: „Nach dem Grundsatz jeder Partei müsse jeder ein Wahlrecht erhalten nach dem, was er in seinem Inneren wert ist“, dann muß er doch notwendigerweise gedrängt werden zu dem Schlusse: Das Reichstagswahlrecht taugt nicht, es behandelt nicht jeden danach, was er in seinem Inneren wert ist. Diesen Schlus zieht aber der nationalliberale Redner nicht. Denn das könnten die Freisinnigen über nehmen und noch mehr die Sozialdemokraten, deren Stimmabgabenerklärung die meisten nationalliberalen Führer, vor allem Herr Bismarck, ihre Wahlbekanntlich verstanden.

Man sieht auch hier mit Behauern, daß die Nationalliberalen auch hier mit dem parteiischen Maße messen, je nachdem es sich um die bürgerliche und soziale Demokratie handelt oder um die verhasste Konservation. So nach dem Gegner werden verschiedene Grundzüge angeordnet. Gegen die Konservativen wird für die Mittelstände ein höheres Wahlrecht verlangt, gegen die Sozialdemokratie nicht. Darum erscholl auch kein Wort des Lobes gegen das Stichwahlbündnis des Freisinnigen mit der Sozialdemokratie, kein Wort der Mißbilligung gegen das Zusammengehen der eigenen Partei mit der Sozialdemokratie in Baden, Elsaß-Lothringen, Bayern und Württemberg. Mein Wort schreier Ablehnung liegt gegenüber dem immer weiter vordringenden Großklub, kein Wort der Mißbilligung gegen die Unterzeichnung der sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen durch einflußreiche Mitglieder der eigenen Partei.

Die Frontstellung gegen den Reichstag verheißt auch den Kandidaten der Partei. Was man auf diesen Gütes und Verständnis zum Schutze der Mittelstände vorbrachte, ist weit früher als von den Nationalliberalen schon von den Konservativen geordert worden.

Dabei liegen die nationalliberalen Herren nicht, doch ihr Mittelstandsprogramm ist eigentlich mit der Forderung eines starken Schutzes der landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion, daß ihr abnehmender Standpunkt gegen die freisinnige Leistungsbese sie zu Bundesgenossen der Konservativen machen müßte und zu Gegnern der Freisinnigen. Denn der letzte freisinnige Parteitag hat durchaus nicht, wie behauptet wurde, ein Bekenntnis des demokratischen Liberalismus zum Schutze abgedacht, wenn man auch dort durch lauten Widerspruch aus ländlichen Kreisen sich genötigt sah, etwas die Körner einzuziehen — Temporis rations habita, wie der römische Ciceronell lautete — und eine Resolution zur Milderung oder Herabsetzung der Höhe Lieber unterließ.

Resultat des Parteitage: Die Nationalliberalen sind überausente Schutzwiller und verbinden sich mit den freisinnigeren Freisinnigen gegen die gleichfalls schutzwilligeren Konservativen. Sie fordern ein stärkeres Wahlrecht in Preußen für die Mittelstände, und verbinden sich mit den Freisinnigen, die auch für Preußen das allgemeine, gleiche Wahlrecht verlangen!

Ein Zug von Halbheit, wie immer in der letzten Zeit, ging auch durch diesen nationalliberalen Parteitag. Man bekennet einen Standpunkt, und — schließt sich vollständig den Gegnern dieses Standpunktes an. Wann wird die einst lo angelegene Partei den Rücken zu großen, kleinen, aber auch mit Konsequenz und Entschlossenheit durchgeführten Auffassungen finden? Wolfgang Eichenbart.

Der Krieg auf dem Balkan.

Der Krieg zwischen der Türkei und den beiden Hauptmächten des Balkanbundes — Bulgarien und Serbien — scheint nunmehr ausgebrochen zu sein. Eine türkische Note, die wir bereits gestern abend durch eine Sonderausgabe veröffentlichten, wird als Eingeklärung betrachtet. Die aus Konstantinopel eingelaufene Nachricht lautete:

Die Worte sich Donnerstag früh um 1/10 Uhr der serbischen und bulgarischen Gesandtschaft eine Note übermitteln, welche besagt: Wegen der bulgarischen und serbischen Note, die eine Genehmigung in die inneren Angelegenheiten der Türkei darstellt, und wegen der Mobilisation dieser beiden Staaten und der ägäischen Schärmeich sieht die Türkei sich gezwungen, den Frieden zu erklären, doch der Friede zwischen der Türkei, Serbien und Bulgarien weiterhin unmöglich ist. Sie hat sich daher entschlossen, der Mission der Gesandten von Bulgarien und Serbien ein Ende zu setzen und fordert sie auf, ihre Pässe zu nehmen und mit ihrem Personal das ottomanische Gebiet so schnell wie möglich zu verlassen.

Der serbische Gesandte Dr. Wenadowski reist Donnerstag ab. Der bulgarische Gesandte Sarajow weiß noch nicht, ob er Donnerstag auch abreisen können. Die griechische Gesandtschaft hat noch keine Mitteilung der Worte erhalten. Mit dieser Nachricht stimmt ein Telegramm aus Sofia überein, nach dem der König Ferdinand ins Hauptquartier abgereist ist.

Die neueste Meldung lautet:

Die Worte hat dem bulgarischen und dem serbischen Gesandten ihre Pässe zugelegt

Die Lage in Konstantinopel.

In einem amtlichen Communiqué wird die Milderung, der letzte Ministerrat habe beschlossen, im Falle des Krieges ein Moratorium zu proklamieren, demotiert. Die türkischen Finanzinstitute halten eine solche Maßregel nicht für notwendig.

Ein rumänisch-bulgarischer Zwischenfall? Das rumänische Schiff „Prinzessin Marie“, das türkische Untertanen aus Bulgarien transportierte, wurde in Barna von den Behörden angehalten, die die Reisenden durchsuchten. Der rumänische Minister der Äußeren legte hiergegen Protest ein.

Später erhielt der Minister des Äußeren von dem rumänischen Gesandten in Sofia die Meldung, auf seinen Protest wegen Zurückhaltung des rumänischen Dampfers durch die bulgarischen Behörden in Barna sei der Dampfer mit türkischen Flüchtlingen von Barna nach Constanta abgegangen; die bulgarischen Amtsstellen führten den Vorfall auf den Uebereifer des Hafenkapitäns von Barna zurück.

Die Worte protestiert gegen Griechenland. Die Vertreter der Türkei in England, Frankreich und Rußland werden diesen Mächten eine Note überreichen, in der gegen die Zulassung freierischer Depuierter in der griechischen Kammer, die den früheren Versicherungen der Mächte widerstrebe, protestiert wird.

Verstärkte Nachrichten vom Kriegsschauplatz. Das griechische Marineinfanterium teilt mit, daß die Kanonenboote „A“ und „D“ Donnerstag früh um 2 1/2 Uhr in die Meerengen von Preveza und Actium eingeschlagen und um 4 1/2 Uhr in Koniza eingetroffen sind. Es gelang den Türken trotz der zahlreich vorhandenen Sperren nicht, die Durchfahrt zu verhindern.

Die „Agence Hava“ meldet aus Konstantinopel, daß die Türken bei Bodroggrün einen großen Sieg über die Montenegriner davongetragen und mehrere Geschütze erobert hätten.

Nach einer Privatmeldung hat am Mittwoch bei Prepolac ein Kampf zwischen Albanen und serbischen Truppen stattgefunden. Die Serben erlittenen das Geschicklicher. Sie hatten 10 Tote und 40 Verwundete; die Albanen verloren 200 Tote gehabt haben, während die Zahl ihrer Verwundeten unbekannt ist. — Dieser Kampf wird später am Licht bestrahlt. Der Angriff soll von türkischer Seite erfolgt sein, während sich die Serben in der Defensive hielten. Der türkische Vorstoß wurde durch das Artilleriefeuer der Serben gestemmt.

Die diplomatische Aktion in der Balkanfrage. Bei der ernstlichen Prüfung der Frage, wie der Ausbruch eines Weltbrandes verhütet werden könnte, kommen die Kabinette immer wieder auf den Konferenzvorschlages Poincarés zurück. In London erwartet man die Zustimmung aller Mächte, wenn Zeit und Gelegenheit für eine Konferenz baldem entstehen würden. Auch Italiens Zustimmung werde in kurzer Zeit ernerwartet. Vielleicht werde eine Vermittlung zur Wiederherstellung des Friedens auf dem Balkan nach einer ersten entscheidenden Schlacht auf dem Hauptkriegsschauplatz in irgend einer Form angekrebt werden können.

Ein deutscher Militär im Kriege. Wie aus Brandenburg a. d. Havel mitgeteilt wird, hat der Kaiser den Major i. G. S. von Engelhardt als der 6. Division v. Massow befehls Teilnahme am Kriege nach Bulgarien entsandt.

Zu den deutschen Schiffahrtsinteressen. Auf die Eingabe des Präsidenten des Deutschen Handelstages wegen Beschlagnahme solcher griechischer Dampfer von Seiten der Türkei, die mit deutscher Ladung beladen waren, ist dem Deutschen Handelstag von V. u. S. w. a. t. g. n. folgende Antwort zugegangen: Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit deutscher Interessenten wegen der von der Türkei angeordneten Zurückhaltung griechischer Dampfer, die für Rechnung deutscher Importeure mit Getreide beladen sind, sowie zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus Anlaß der Zurückhaltung der Schiffe empfiehlt es sich, bei den Interessenten der mit der Angelegenheit befaßten kaiserlich deutschen Botschaft in Konstantinopel eine Berechnung des ihnen erwachsenden unmittelbaren Schadens unter genauer Angabe der Menge und des Wertes der in Frage kommenden Getreidebefragungen sowie unter Mitteilung der Berechnung ohne Bezug überreichen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet hierüber: Nach amtlicher Mitteilung der Worte können diejenigen griechischen Schiffe, die nicht für die griechischen Häfen bestimmt sind, binnen einer vierstägigen Frist ab heute die Meerengen passieren. Dies gilt auch für die im Schwarzen Meer befindlichen Schiffe. Die türkische Regierung ist zum Ankauf eines Teils der Getreidebefragungen bereit.

In Oesterreich nicht mobil. Das Wiener Telegraphische Korrespondenz-Bureau bezeichnet die auswärts verbreiteten Meldungen über Mobilisierungen in Oesterreich-Ungarn als vollkommen aus der Luft gegriffen und fügt hinzu, es seien überhaupt keinerlei Mobilisierungsmaßnahmen getroffen.

Zum italienisch-türkischen Frieden. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der Erlass, der den Arabern von Tripolitanien und der Chrenaisia Autonomie gemährt, ist vorgestern dem Sultan unterzeichnet worden.

Nach dem Abhandlung der Friedensvertrag folgende Bedingungen enthalten: Ernennung eines Kommissars des Sultans für Tripolitanien und die Chrenaisia auf sieben Jahre, Erziehung einer arabischen Eingeborenenmiliz, Zahlung von jährlich 200000000 Pfund und Räumung der Inseln des Ägäischen Meeres seitens Italiens.

Oesterreich-Ungarn hat die Souveränität Italiens über Trieben anerkannt.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser nahm im Jagdschloß Subertusloß die Vorträge des Kriegsministers, Generals der Infanterie v. Heeringen und des Chefs des Militärkabinetts, Generals der Infanterie Freiherrn v. Lyndor, entgegen.

Reichstagsabgeordneter v. Normann f. Der Reichstagsabgeordnete Oberstleutnant a. D. und Rittergutsbesitzer v. Normann, Vorsitzender der konserverativen Reichstagsfraktion, ist Donnerstag vormittag um 9 Uhr nach Berlin im Kreise Greifenhagen nach längerem Reisen gestorben. v. Normann gehörte seit 1890 dem Reichstage und seit 1897 dem preussischen Abgeordnetenhaus an.

Den beimgangenen Führer der konserverativen Reichstagsfraktion widmen, so weit es bis jetzt bekannt ist, auch die gegnerischen Milder warme Worte des Gedenkens. Die „Vossische Zeitung“ sagt: Er genoss auch bei den Gegnern Sympathien und war einer der fleißigsten Arbeiter. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt: Auch die Gegner erkennen an, daß die ritierliche Geinnung wie die ruhige sachliche Führung des politischen Kampfes v. Normanns von niemand übertroffen werden könne.

Zur Maschinengewehr-Frage.

Der „Deutsche Mehrerein“ veröffentlicht folgenden Aufsatz: Die von der Seeresverwaltung in der Seeresvorlage 1912 angeforderten 106 Maschinengewehr-Kompanien sind bis jetzt noch nicht aufgestellt worden. Es muß dies als ein schwerwiegender Mangel bezeichnet werden, denn die Unterlegenheit Deutschlands an Maschinengewehren ist außerordentlich groß. Es stehen uns seit dem 1. Oktober zur Verfügung 109 Maschinengewehr-Kompanien gleich 654 Maschinengewehre bei der Infanterie, 13 Maschinengewehr-Abteilungen gleich 78 Maschinengewehre bei der Kavallerie. Die Hälfte aller Infanterie-Regimenter besitzt noch keine Maschinengewehr-Kompanien. Und zu derselben Zeit, wo man in Frankreich auf Grund der Kanalerkämpfe daran geht, die Feuerstärke der Kanalerdivisionen zu vermehren, haben wir die an sich schon geringe Feuerkraft unserer Kavallerie durch die Streichung von 2 Maschinengewehr-Abteilungen verringert. Frankreich, das bereits heute bei seiner Infanterie über ca. 1150 Maschinengewehre verfügt, wird spätestens Mitte kommenden Jahres 1342 Maschinengewehre bei der Infanterie und 174 Maschinengewehre bei der Kavallerie besitzen, insgesamt also 1516 Maschinengewehre. Unter Verbündeter Oesterreich-Ungarn besitzt eine bedeutend stärkere Maschinengewehrarsierung wie Frankreich. Bei der Infanterie sind vorhanden 1740 Maschinengewehre, bei der Kavallerie 81, so daß die Zahl der Maschinengewehre der Donaumonarchie die Höhe von 1821 erreicht.

Die höchste Ausrüstung an Maschinengewehren besitzt Rußland. Die Armee, die im Frieden bereits 1500 Gewehre im Dienst hat, wird im Kriege zur Verfügung haben bei der Infanterie 2936 Gewehre bei der Kavallerie 224 Gewehre, insgesamt also 3160 Maschinengewehre. Trotz dieser bedeutenden Unterlegenheit in der hochwichtigen neuzeitlichen Infanteriewaffe, hat sich die Seeresverwaltung nicht veranlaßt gesehen, die ihr vom Reichstage in der Seeresvorlage bewilligten 106 Maschinengewehr-Kompanien sofort anzufordern, trotzdem auch, wenn dies der Fall gewesen wäre, Deutschland an Maschinengewehren nicht die Feuerstärke wie Frankreich erreicht hätte, da selbst nach Aufstellung der bewilligten Maschinengewehr-Kompanien Deutschland nur über 1350 Maschinengewehre verfügt.

Beachtenswert ist übrigens noch, daß bereits heute in Frankreich eine nicht bekannte Zahl von Maschinengewehren für die Reserveformationen vorhanden ist.

* Aus dem Bundesrat. In der Donnerstag-Sitzung des Bundesrats wurde die Vorlage betr. ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und Belgien über den Unfallversicherungsgesetz den zuzuständigen Ausschüssen übermitten. — Ueber die Wahl eines Direktors des Reichsversicherungsamts für Angestellte wurde Beschluß gefaßt. — Der „Sindematrikularien Bodenreditgesellschaft“ wurden die Rechte einer Kolonialgesellschaft verliehen. — Das Schiffschiff des Deutschen Schiffsverlehrs „Königrich Ciel Friedrich“ ist am 16. Oktober nach Westindien im Pazifik angekommen und wird am 28. Oktober nach Barbados weitergeleitet.

Ausland.

Rußland und Persien. Die Zahl der Truppen, die Rußland nach Mesopotamien zu senden beabsichtigt, soll etwa 8000 betragen. In gewissen Kreisen glaubt man, daß die Einbindung weniger gegen den erneuten Anbruch der Friede und Frieden erfolgt, als weil Rußland die Balkanfrage heutzutage will, um den türkischen Uebergriffen in persisches Gebiet Einhalt zu tun. Die persische Regierung hat den Generalstabschef ersucht, ihr Mittel für die nötigen Maßregeln gegen Salur de Dauleh zu beschaffen, der über Rum nach Teheran vorgehen will.

England und die Türkei.

Parlamentarischer Sekretär Sicland erwiderete in Intervention auf eine Anfrage, die Behauptung, die englische Regierung habe die Türkei bei Aufnahme einer Anleihe in London unterstützt, entgegen nicht den Tatsachen. — Auf eine Anfrage wegen der Stellung der britischen Regierung zu Reorganisationswahlen zur Verfügung gestellt seien, jähre Staatssekretär Grey aus, daß im türkisch-italienischen Kriege den in türkischen Diensten stehenden Offizieren gestattet worden sei, auf ihrem Posten zu verbleiben mit der Maßgabe, daß sie an den Dienstleistungen nicht teilzunehmen hätten und daß ihre Dienstleistungen nicht darauf berechnet seien, eine kriegerische Partei im Kriege zu unterstützen. Er könne nicht einsehen, warum der im türkisch-italienischen Kriege besetzte Anus nicht als Friedensfall für zukünftige Kriege dienen sollte.

Morokko.

Wie aus Casablanca gemeldet wird, ist die Salomone Gesellschaft auf ihrem Reich durch das Adalagebiet von mehreren Stämmen angegriffen worden. Die Morokkaner erlitten ernste Verluste; auf französischer Seite wurden zwei Mann getötet und sieben verwundet. General Riantey ist vorgestern in Rabat angekommen.

Meglio.

Präsident Madero hat den Befehl gegeben, daß sich alle regulären und irregulären Truppen zur Einschließung von Veracruz vereinigen sollen, um General Felix Diaz, den die Regierung für den gefährlichsten Aufrührer hält, niederzuwerfen.

Nach einer Depesche aus Mexico ist Veracruz von der Sanftheit aus vollständig geschnitten. Die Regierung hat die Eisenbahnen aufgegeben, alle Bahnhöfe zurückgehoben und neue Eisenbahnen in Orizaba, Jalapa und Tlaxcala zu errichten. Sein Zug wird über die Linien der Bundesarmeen hinaus verkehren.

China. Der russische Gesandte in Peking, Sokolow, ist auf seiner mongolischen Expedition in Hingai eingetroffen. Wie erklärt wird, soll er die freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und der Monarchie wieder herstellen. Die Abrüstungsarbeiten, deren Abschluß jetzt erfolgen sollte, ist um sechs Monate verzögert worden.

Die Luftschiffahrt.

Den ganzen Morgen und den Nachmittag am Donnerstag herrschte nebeliges, regnerisches Wetter, das den Aufstieg der Rieger zur Etappe Frankfurt-Würzburg verhinderte. Referendar Caspar, der am Morgen in Mannheim aufgestiegen war, überlag ganz Frankfurt, verweilte aber das hiesige Weßer wegen hoch der angelegten Masten. Den Flugplatz nicht zu finden, er landete um 9 Uhr bei Wülfersheim. Bei dem Versuch, sich wieder in die Luft zu erheben, erlitt sein Apparat eine Beschädigung.

Wald nach 1 Uhr nachmittags flüchtete sich das Wetter etwas auf, und von 2 Uhr 20 Min. ab erfolgte der Start der Rieger, von dem Leutnant Reichardt als Piloten in der Nähe von Wülfersheim landete, da über dem Speßhardt dicke Nebelwolken lagen. Als erster ist von den aufsteigenden Riegern Herr v. Bismarck um 4.16 Uhr gelandet.

Die zweite Etappe, Frankfurt-Würzburg, haben bisher zurückgelegt: Oberregierungsrat v. Reichardt, Leutnant v. Bismarck und im Speßhardt Leutnant Reichardt. Der Flugplatz nicht zu finden, ist, unerwartet blieb, und in der Nähe von Weßling bei Würzburg der Rieger st. In der Nähe von Wülfersheim wegen Wolken die Rieger Landpiloten und die Leutnants Reichardt, von Müller und Bierling.

Ein Flug Paris-Berlin. Der Rieger Strindberg de Woufflons beobachtet, Freitag früh in Paris aufsteigend, auf dem Flugplatz Wülfersheim bei Düsseldorf eine Zwischenlandung zu unternehmen, von da will er über Hannover nach Berlin fliegen.

Rieger Blanc abgestiegen. Im Lager von Chalons fügte der Rieger Blanc, der mit einem für die Armee bestimmten Cindler einen Probeflug unternahm, aus 300 Meter Höhe ab und blieb auf der Stelle tot.

Aus Nah und Fern.

Zu den Meiländer Massengriffen. Die Polizeidirektion von Mailand meint der Ansicht an, daß die Vernehmung der verurteilten Tabletten an 2000 Personen in Mailand, die alle den Hausbesitzerangehörigen, ein anarchistischer Mordanschlag ist, daß am Sonntag die Abstimmung bezüglich des Todesangriffes durch nicht stattfinden dürfte. Für dieses Verbot wurde die Stadtverwaltung verantwortlich gemacht, deren Hauptinsolente Stütze die Hausbesitzer sind. Die Untersuchung wird in dieser Richtung fortgesetzt, hat aber bisher zu keinem feierlichen Ergebnis geführt.

Schweres Eisenbahnunglück in Portland. Bei der Station Galabanda in Portugal ließ ein Zug mit einer Abteilung eines kanarischen Zuges ankommen. Drei Wagen wurden zertrümmert. Hundertunzwanzig Personen erlitten schwere Verletzungen, zwei sind inzwischen gestorben. Unfall eines D-Zuges. (Amliche Meldung.) Mittwochabend ist der D-Zug D 5 Hamburg-Ahlfeld auf dem Güterbahnhof Friedrichsbad auf einen dort festplanmäßig von ihm zu überholenden Güterzug aufgefahren. Personen sind nicht verletzt. Drei Güterwagen sind erheblich beschädigt. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein großer Dieb gefast. In einem Kabarett auf dem Montmartre in Paris wurde der von der Berliner Polizei wegen großer Diebstähle gefasste Dendrich Janzen aus Kiel erfaßt. Als die Wachen den zu seiner Vernehmung führten, zog er einen Revolver aus der Tasche und ließ sich erschließen; es gelang jedoch, ihm die Waffe nach rechtzeitig zu entwenden. In dem Besitz des Verhafteten wurden noch 600 Mk. bares Geld gefunden.

Eine glückliche Operation am Marconi. In Szeged hat sich Marconi von Prostern, den er durch eine Operation heilen lassen. Die Operation, die notwendig war, um die hinteren Augen zu erhalten, ist glücklich verlaufen, das Verbleiben des Patienten ist den Umständen nach gut.

Der Amber erlischt. In Gieshoben, Kreis Lebus, erliden vier Kinder eines Scheiters, die allein in der Wohnung zurückgelassen waren und mit Streichhölzern spielten, wodurch ein Stubenbrand verursacht wurde.

Aus Halle und Umgebung.

Zu den Flugversuchen in Halle. Mittwoch gegen Abend fand ein neuer Flugversuch statt. Unter Führung des Konstrukteurs Max Sandberg (Wiederkehr des Herrn Bedde) erob sich der Apparat nach kurzem Anlauf bei nur 600 Metern des Motors (siehe Kurierblatt 1200) leicht in die Höhe. Reiter ritt der Apparat bei der Landung noch einige Meter weiter und geriet dabei in einen Graben, wobei ein Anlaufrohr zerbrach und auch die hintere Dämpfungsfläche beschädigt wurde. Die Reparatur dürfte jedoch nur wenige Tage in Anspruch nehmen, so daß die Versuche, denen man mit Interesse entgegensteht, fortgesetzt werden können.

Lezte Telegramme.

Zum Balkankrieg. Athen, 18. Okt. Der türkische Gesandte ist mit dem Gefandtschaftspersonal gestern abend nach Konstantinopel abgereist.

Belgrad, 18. Okt. Der serbische Gesandte in Konstantinopel hat den Auftrag erhalten, heute früh die Worte der Kriegserklärung an die Türkei zu übermitteln und hierauf Konstantinopel sofort zu verlassen. Wie verlautet, wird er die Kriegserklärung mit der Erwähnung aller friedlichen Mittel zur Verbesserung der Lage

der Stammesgenossen in der Türkei und mit wiederholten Einfällen türkischer Truppen in serbisches Gebiet begründet. Athen, 18. Okt. Die 'Agence d'athenes' meldet: Serbien hat die Türkei zuerst den Krieg erklärt. Bulgarien, Griechenland, das sich von seinen Verbündeten nicht absondern will, hat seinen Gesandten in Konstantinopel beauftragt, der Türkei die Kriegserklärung zu übermitteln, indem es gleichzeitig den verbündeten Nationen brüderlichen Gruß sendet.

Berlin, 18. Okt. Der Vertreter des Magistrats teilte in der getrigenen Stadtvorberatung mit, daß täglich eine Lieferung von sechs Waggons frisches russisches Fleisches angeliefert sei. Die Preise würden sich nach der Güte des Fleisches richten, Suppenfleisch würde aber für den Preis von 55 Pf. erhältlich sein. Benötigt wurden einmündig zur Ermüdigung der Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Aufschlag 600 000 Mark. Die Fleischguthart beginnt am nächsten Sonntag.

Ein norwegisches Schiff gesunken. Christiania, 18. Okt. Der norwegische Bierkauer 'Dagblid' ist im nördlichen Eismeer beim Woyfänge Kamin gesunken. Sechzig Mann der Schiffsbesatzung sind umgekommen. Neun Matrosen wurden gerettet.

Schiffahrts-Nachrichten. Deutsche Schiffs-Linie. Hamburg, 16. Oktober. Reichs-P.D. 'Gertrud Boermann' 15. Oktober Wiffingen passiert. Reichs-P.D. 'Gertrud Boermann' 15. Oktober in Wismar eingetroffen. Reichs-P.D. 'Adolf Boermann' 15. Oktober in Durban eingetroffen. Reichs-P.D. 'Tabora' 16. Oktober Dover passiert.

Börsen- und Handelsteil.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. Oktober 1912. Tabelle mit Spalten für Aktiva und Passiva, unterteilt in verschiedene Kategorien wie Metallbestand, Wechsel, Guthaben, etc.

Sandrisent-Erhöhungen. Die Schwedische Reichsbank erhöht den Diskont von 4% auf 5 Prozent. W. Die Bank von Frankreich hat den Diskont von 3 auf 3 1/2 Prozent erhöht. Der Bankausweis betrug 4 Proz.

Die Pariser Börse. Paris, 17. Oktober. Die Börse befand sich bei ruhigem Geschäft anfangs eine feste Haltung. Die Londoner Diskont-erhöhung ließ teilweise einen nachteiligen Einfluss aus, doch besserte sich die Stimmung bald wieder; besonders trat gute Nachfrage für Woll- und De Weers-Alten hervor, auch für Goldminen-Aktien zeigte sich gute Meinung. In letzter Stunde erfuhr die Getreide-Aktien wieder eine Entwertung, doch blieb die Tendenz trotz der Bewegung von russischen und spanischen Wertpapieren.

Nachgang der Kupferpreise. Das Kupferbedarfsbedeutung letzte den Preis für Kupferblech um 2 Mk. auf 133 Mark herab. Maschinenbauaktien Niedrig & Co., A.G., in Reipzig-Gelterhausen. Die Generalversammlung erklärte sich mit der Ausschüttung von 30 Prozent Dividende einverstanden.

Deutsch-Lugemburgische Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft. In der Aufsichtsratsversammlung wurde der Jahresabschluss vom 30. Juni 1912 begutachtet. Der Reingewinn einschließlich des Vorjahrs betrug 22.314.905 Mk. gegen 19.555.706 Mk. im Vorjahre. Nach Abführung von 10 Millionen Mark (im Vorj. 9 Millionen) wird der am 22. November nach Wochum eingubezahlende Generalversammlung eine Dividende von 11 Prozent (wie i. V.) auf das dividendenberechtigte Kapital von hundert Millionen Mark beschließen.

Preisermäßigung für Zigaretten. Wie wir erfahren, hat die Zigaretten-Konvention, welche sich zur Aufgabe gestellt hat, an bewährten Qualitäten festzuhalten, teilweise Erhöhungen der Preise ihrer Fabrikate vorgenommen. Begründet wird diese Maßnahme mit der fortgeschrittenen Preissteigerung der für die Zigarettenherstellung hauptsächlich in Betracht kommenden Rohmaterialien: Baumwolle, Kamelhaar, Woll- und Leinwand.

Produkten- und Warenmärkte.

Table with market prices for various goods like wheat, flour, oil, etc. Columns include 'Weizen Frühmarkt', 'Weizen (Normalgew. 755 g)', 'Roggen', etc.

Wittagsbörse. (Notierung der Produktendörse). Table with columns for 'Weizen (Normalgew. 755 g)', 'Roggen', 'Mais', etc., and their respective prices.

L. Weltmarkt. Berlin, 17. Okt. Etlige Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in 24. für 1000 kg ausläufel. Frucht, Zöl und Steuern (Wittagszeit von der Börse) etc. etc.

Kartoffel. Kartoffelmehl. Stärke. -Magdeburg, 17. Oktober. Prima Kartoffelmehl und -Stärke, prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Karbid frei Magdeburg, netto 21,25-21,75 Mk. Tendenz: ruhig.

Öle und Ölsäuren. -Hamburg, 17. Oktober. Spiritus schwarz, Oktober 22 1/2 G., Oktober-November 22 1/2 G., November-Dezember 22 1/2 G., Januar-April 22 1/2 G., Mai-Juni 22 1/2 G.

Kaffee. -Hamburg, 17. Oktober. Kaffee-Termin-Notierungen. (Flux für Good average Santos.) Oktober 7 1/2 G., Dezember 7 1/2 G., März 7 1/2 G., Mai 7 1/2 G. Tendenz: ruhig.

Wolle und Baumwolle. -Bremen, 17. Okt. Baumwolle, bepaupert, Upland middling 104 5/8 Mk.

Tiere und tierische Produkte. Schlachtkühe. -Leipzig, 17. Oktober. Bericht über den Schlachtkühe-Markt auf dem südlichen Viehsteig zu Leipzig. (Schlachtebericht.)

Neueste Handels-Depeschen. W. New-York, 17. Oktober. Peter Winter-Weizen 100 1/2, per Mai 100 1/2, per Sept. 99 1/2, per Okt. 100 1/2.

W. Chicago, 17. Oktober. Weizen per Dez. 61 1/2, per Mai 99 1/2, per Juli 93 1/2, Weis per Dez. 55, per Mai 52 1/2, per Juli 50 1/2.

W. New-York, 17. Okt. Petroleum Standard white in New-York 33, 35, in Philadelphia 33, 35, in refined 10, 12, 15. Credit Balance at Cit City 1.60, per Dez. 1.70.

W. New-York, 17. Oktober. Schmalz Behrensbaum 12.15, Rind- und Brotschmalz 12.70.

Wasserstände von Saale und Unstrut. (Siehe auch die Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Verantwortlich: Für Inhalt und Redaktion: Dr. Walter Gabelsberger für Druck und Verlagsanstalt: Dr. Walter Gabelsberger, Leipzig, Postfach 1000.

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S. Aktienkapital: 180 Millionen Mark. Reserven: 32 Millionen Mark. Provisionsfreie Abgabe in festverzinslichen, erstklassigen Wertpapieren.

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Schuldentitel'.

Beiliegendes zum Extrakt... Die Aktien der... Die Aktien der... Die Aktien der...